

Bekanntnis zu Europa gefordert

Die Initiative «Zämme in Europa» will die «guten» Beziehungen zur EU in die Baselbieter Verfassung schreiben.

Nikolaos Schär

Dass die Region Basel gute Beziehungen zu ihren Nachbarländern und damit indirekt auch zur EU pflegt, ist eine gelebte Tatsache. Das betont auch Alt-SP-Nationalrat und Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz (EBS) Eric Nussbaumer. Wozu braucht es dann die von der EBS lancierte Initiative «Zämme in Europa», die dies in die Baselbieter Verfassung schreiben will?

Sie sei ein Bekenntnis, das den Kanton Baselland in der eidgenössischen Europapolitik stärke, sagt Nussbaumer an der Medienkonferenz zum Start des Abstimmungskampfs. Nicht nur die kantonalen Behörden zu den Nachbarländern – wie bisher –, sondern der ganze Kanton zu allen europäischen Ländern solle sich für «gute und stabile» Beziehungen einsetzen, so die Forderung der Initiative.

Der Regierungsrat lehnte diese ab, gerade mit dem Argument, dass er heute schon enge Partnerschaften zu den europäischen Nachbarn pflege. Doch den Initianten geht es darum, dass dies auch für die Zukunft rechtlich abgesichert wird. «Niemand weiss, ob kommende Generationen diese Zusammenarbeit auch so leben werden», sagt Mitte-Landrätin Beatrix von Sury.

Die Initiative solle als «Richtschnur» für den Kanton dienen. Insbesondere in der



Wollen ein starkes Signal an die Nachbarländer senden: Paul Hofer (FDP), Beatrix von Sury (Mitte), Eric Nussbaumer (SP), Maya Graf (Grüne), Thomas Tribelhorn (GLP) (von links). Bild: Nikolaos Schär

«kleinen Aussenpolitik». Obwohl Aussenpolitik eine Bundesaufgabe ist, erlaubt es die Bundesverfassung, dass die Kantone in ihren Kompetenzbereichen Beziehungen zu europäischen Nachbarländern pflegen können. Aber auch bei Vernehmlassungen: «Sprechen sich mehr als 18 Kantone für ein Anliegen aus, hat dieser Entscheid fast das Gewicht eines Ständemehrs», hält der ehemalige FDP-Präsident Paul Hofer (FDP) als Vertreter der Operation Libero fest und doppelt nach: «Grenzkantone müssen ihre Interessen aktiv einbringen.»

Ein «starkes Signal» an die Nachbarstaaten

Die Baselbieter Ständerätin Maya Graf (Grüne) hebt ebenfalls das Gewicht der Kantone bei

den Verhandlungen der Bilateralen III hervor: «Die Nordwestschweizer Kantone waren über die Europakommission der Konferenz der Kantonsregierungen massgeblich daran beteiligt, das Vertragspaket zwischen der Schweiz und der EU ins Ziel zu bringen.» Die Initianten sind fest davon überzeugt, dass die Initiative mehr als nur Symbolpolitik sei. Obwohl sie selbst kommunizieren, dass mit einem Ja zur Initiative ein «starkes Signal» an die Nachbarstaaten gesendet werde.

FDP und SVP kritisierten in der Landratsdebatte genau deshalb das Anliegen: Es würden keine Handlungen daraus folgen, weshalb die Initiative unnötig sei. Der Regierungsrat bezeichnete die Formulierungen als «schwammig». Trotz des negativen Entscheids der Re-

gierung rang sich der Landrat mit einer Mehrheit aus SP, Grüne, EVP, GLP und Teilen der Mitte zu einer Ja-Parole durch. Die «Zämme in Europa»-Initiative wurde zeitgleich auch im Kanton Basel-Stadt lanciert, dort aber schneller behandelt – auch weil sie unumstrittener war. Schliesslich nahm Basel-Stadt mit einer Zweidrittel-Mehrheit den Verfassungsartikel an der Urne an.

Das Baselbiet als EU-Stimmungsbarometer

Die Abstimmung zur «10-Millionen-Schweiz» dominiert momentan die mediale Berichterstattung und wird wohl die kantonale Initiative der EBS überschatten. Dass die verschiedenen gelagerten Anliegen zum gleichen Thema die Wählerinnen und Wähler verwir-

ren könnte, glaubt Eric Nussbaumer nicht.

Maya Graf liess es sich dennoch nicht nehmen, von der «unsäglichen Chaos-Initiative» der SVP als «gefährliche Mogelpackung» zu sprechen, die den Wohlstand der Schweiz gefährden würde. Im Hinblick auf den 14. Juni wird das Abstimmungsergebnis des Baselbiets besonders aufschlussreich sein.

Wird die SVP-Initiative abgelehnt und die «Zämme in Europa»-Initiative angenommen, dürfte das als positives Bekenntnis zur EU gelesen werden. Folgt ein doppeltes Nein, dürfte dies als Sicherung des Wirtschaftsstandorts und nicht primär als ein Bekenntnis zu Europa verstanden werden.

Laut GLP-Co-Präsident Thomas Tribelhorn profitiere der Kanton stark vom europäischen Zugang zu Fachkräften, Märkten sowie Bildung und Forschung. Dies unterstreichen die Nordwestschweizer Kantone gleichentags in einer Mitteilung selbst: Sie sagen geschlossen Nein zur «10-Millionen-Schweiz»-Initiative.

Nicht ganz zufällig fiel die Medienkonferenz auf den Europatag, zur Erinnerung an die Gründung des Europarats 1949. «Die Schweiz tut sich immer ein bisschen schwer, ihre Weltoffenheit zu demonstrieren», so Nussbaumer. Entgegen dieser Aussage wehte anlässlich des Europatags die Europäische Flagge am Regierungsgebäude.